

Kurzbericht

Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz

(4. Sitzung am 29. April 2013)

Beratungsthemen:

1. Eingaben

Der Ausschuss behandelte acht Eingaben.

2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Ausführungsgesetzes zum Wasserverbandsgesetz (AGWVG)

Gesetzesentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/70](#)

Der Ausschuss behandelte Verfahrensfragen. Er verständigte sich darauf, sich durch das MU zu diesem Thema unterrichten zu lassen und nach der Sommerpause eine Anhörung in öffentlicher Sitzung durchzuführen. Ferner bat er den Ausschuss für Inneres und Sport um eine Stellungnahme zu den ihn betreffenden Aspekten.

3. Privatisierung verhindern - Wasserversorgung muss Teil der kommunalen Daseinsvorsorge bleiben

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/26](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung des Antrags ab. Nachdem er einen Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU abgelehnt hatte, empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen bei Stimmenthaltung der Oppositionsfraktionen, den Antrag in unveränderter Fassung anzunehmen.

4. EEG reformieren, um die Energiewende zum Erfolg zu führen

Antrag der Fraktion der FDP - [Drs. 17/82](#)

Der Ausschuss begann mit der Beratung des Antrags und bat das MU, ihn in seiner nächsten Sitzung zu dem Thema zu unterrichten.

5. Beteiligung des Landes in Angelegenheiten der Europäischen Union

Unterrichtung durch die Landesregierung über die Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Das internationale Klimaschutzübereinkommen von 2015: Gestaltung der Weltklimapolitik für die Zeit nach 2020 - Konsultative Mitteilung COM(2013) 167 final - Bundesratsdrucksache 242/13

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen.

6. Besprechung auswärtiger Sitzungen

Der Ausschuss kam überein, Informationsreisen zu den Institutionen der EU nach Brüssel sowie zum Umweltbundesamt nach Dessau-Roßlau durchzuführen, und besprach weitere Verfahrensfragen.